

## EU-Projekttag zum Thema „Green E(U)conomy“ – der Höhepunkt einer lehrreichen Europawoche 2023

Am Freitag, 26. Mai 2023 fand im Forum des Paul-Julius-Reuter-Berufskollegs der EU-Projekttag zum Thema „Green E(U)conomy: Wie wird der Klimawandel die Arbeitswelt verändern statt“. Dieser bildete den Höhepunkt der **Europawoche 2023** und unterhielt die rund 130 Veranstaltungsgäste im gut gefüllten Forum mit einem ebenso abwechslungs- wie lehrreichen Programm. Nach einer kurzen Begrüßungsrede der Schulleitung, in der Burkhard Lenzen u. a. die Bedeutung einer „grünen Wirtschaft“ im Kontext des Klimawandels skizzierte und somit die Notwendigkeit einer anstehenden „fünften industriellen Revolution“ anmahnte, wurden zunächst die Gewinnerklassen des diesjährigen EU-Wettbewerbs prämiert. Klassen aus den Bildungsgängen der Drogist\*innen, der Groß- und Außenhändler\*innen sowie der Kaufmännischen Assistent\*innen kreierten im Vorfeld der Europawoche zahlreiche „creative books“, in denen sie Lösungsansätze für die drängenden Klimaprobleme skizzierten und ihre Visionen einer nachhaltigen Wirtschaft entfalteten.



Foto: Zahlreiche Gäste warten auf den Veranstaltungsbeginn im „europablauen“ Forum des PJR Aachens



Foto: Stolz Gewinner\*innen! Die Klassensprecher\*innen der prämierten Klassen nehmen die Urkunden entgegen

Die Projektteilnehmer\*innen bewiesen in ihren Darstellungen mitunter einen klaren Blick für die wesentlichen Verursacher von Treibhausgasen in wirtschaftlichen Leistungsprozessen (z. B. die Verwendung fossiler Betriebsstoffe im Produktionsprozess, der Einsatz von Strom und Wärme im Gebäudemanagement oder der Unterhalt eines Fuhrparks mit Verbrennungsmotoren) und entwickelten Ideen zur Treibhausgasreduktion in den Bereichen Energiemanagement (z. B. Nutzung der Abwärme von Serveranlagen zur Beheizung der Verwaltungsbüros), Gebäudemanagement (z. B. Begrünung von Firmengebäuden oder Büro-Sharing), Logistik (z. B. Optimierung von Tourenplänen) und der Arbeitsorganisation (z. B. Remote Work oder das „papierlose Büro“). Für ihre Leistungen erfuhren die Projektklassen die Anerkennung des EU-Projektkoordinators Matthäus Janoschka, der die Preisträger\*innen (1. Platz: DRG221; 2. Platz: G222; 3. Platz: G202) ganz zur Freude der Schüler\*innen nicht nur mit lobenden Worten, sondern auch mit Geldprämien für die Klassenkasse belohnte.

Im Anschluss an die Siegerehrung fand die **Deutschlandpremiere des 16. euregionalen Dokumentarfilms des PJR Aachens** mit dem Titel „Klima kennt keine Grenzen“ statt, der bereits am 20. April 2023 vor zahlreichen Vertreterinnen aus der euregionalen Politik, Kultur und Bildungslandschaft im Kulturzentrum Jünglingshaus in Eupen/B uraufgeführt wurde. Auch zur Deutschlandpremiere kamen erfreulicherweise interessierte Bürger\*innen, die sich



Foto: Film ab! In zahlreichen Interviews kommen Flutopfer zu Wort und berichten von ihren Erlebnissen

ebenso wie die versammelte Schülerschaft mit kräftigem Beifall angetan von dem rund 45-minütigen Film zeigten. Der Dokumentarfilm, der anhand der Hochwasserereignisse vom Juli 2021 die finanziellen, wirtschaftlichen, aber auch die sozialen Folgen zunehmender klimabedingter Extremwetterereignisse (z. B. Fluten oder Dürren) beleuchtet, ist inzwischen unter dem folgenden Link auf dem schuleigenen Youtube-Kanal abrufbar.



Foto: „Kleine“ Filmschaffende ganz groß. Interviewszene aus dem Film „Klima kennt keine Grenzen“ auf der großen Leinwand des Forums.

**Hier gelangen Sie zum Film:**

<https://www.youtube.com/watch?v=HaSDgrBvbn8>



Foto: Die Moderatorin, Bettina Staubitz, begrüßt die Veranstaltungsgäste und Diskutant\*innen.

Der Höhepunkt der Europaveranstaltung folgte nach einer kurzen Pause, in der die Veranstaltungsgäste bei sommerlichen Temperaturen mit Erfrischungsgetränken verköstigt wurden. Diverse Vertreter\*innen aus den Bereichen der Europa- und Landespolitik sowie der Wirtschaft und Wissenschaft waren geladen, um unter der Gesprächsleitung der in der Städtereion bekannten Journalistin **Bettina Staubitz** die Perspektiven einer „Green E(U)conomy“ zu diskutieren:

**Daniel Freund, Mitglied des Europäischen**

**Parlaments für die Grünen**, erläuterte in der Gesprächsrunde die europäische Perspektive auf die wirtschaftlichen Transformationsprozesse. Ein wesentlicher Baustein dieses Transformationsprozesses sei die Ablösung fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien, um die industriellen Emissionen von Treibhausgasen reduzieren und das selbstgesteckte Ziel der Europäischen Union, bis zum Jahr 2050 der erste klimaneutrale Kontinent zu werden (*European Green Deal*), erreichen zu können. Es sei wichtig, so der Europapolitiker weiter, hierfür die Chancen des europäischen Stromnetzes zu nutzen, denn die Quellen nachhaltiger Energie seien beispielsweise mit der Solarenergie aus dem europäischen Süden oder der Windkraft aus dem Norden Europas zwar vielfältig gegeben, erforderten jedoch ohne ausreichende Speichertechnologien den länderübergreifenden Transport von Energie. Der Strukturwandel, der mit der schrittweisen Ablösung fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien europaweit einhergehe (und im Bereich des Braunkohletagebaus auch die hiesige Region betreffe), sieht der Europaparlamentarier als lösbare Herausforderung. Immerhin sei es denkbar, dass Fachkräfte aus dem Bereich der Elektrotechnik, die bisher den Einsatz von Kohlebaggern betreut haben, zukünftig Windkraftanlagen warten, wenn sie Zugang zu ausreichenden Umschulungs- und Weiterbildungsangeboten erhielten. Diese Bildungsangebote zu schaffen, sei Aufgabe der Politik und würde auch das Berufsverständnis zukünftiger Generationen verändern. Zukünftig werde man sich von der Erwartung lösen müssen, den erlernten Beruf ein Leben lang in einer bestimmten Branche oder einem Unternehmen ausüben zu können. Vielmehr müsse man sich zukünftig stetig den aktuellen Gegebenheiten der Berufswelt anpassen.



Foto: Der Europaparlamentarier Daniel Freund erläutert die Europäischen Zielvorstellungen im Rahmen einer „Green E(U)conomy“.

**Gero Schuch, Mitglied des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz des Aachener Stadtrats,** unterstützt die Argumentation des Europapolitikers Freund, indem auch er den Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen eine große Bedeutung bei der Vermeidung sozialer Härten im Zuge des Strukturwandels beimisst. Allerdings, so gab der Kommunalpolitiker der SPD zu bedenken, werde man ältere Arbeitnehmer, die kurz vor ihrem Renteneintritt stehen, kaum von Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen überzeugen können. Für diese Leute müsse die Politik andere Lösungen finden. Überhaupt, so zeigte sich Herr Schuch besorgt, wäre die zunehmende Akademisierung der Gesellschaft ein großes Problem. Denn der Transformationsprozess der Wirtschaft könne nur durch eine Stärkung des Handwerks gelingen, da Solaranlagen installiert, Windkraftanlagen gebaut oder Gebäude gedämmt werden müssten, um die Treibhausgasemissionen senken zu können. Die Bedeutung der Ingenieure würde in diesen Belangen in quantitativer Hinsicht hinter die von ausgebildeten Fachkräften des Handwerks zurückfallen. Der Kommunalpolitiker nahm diese Feststellung zum Anlass, die Landespolitik, in deren Zuständigkeitsbereich die berufliche Ausbildung fällt, in die Pflicht zu nehmen und eine Stärkung der beruflichen Bildung einzufordern.

Das sich erwartbar verändernde Ausbildungs- und Berufsverständnis wurde in der Podiumsdiskussion auch von **Dr. Raphaela Kell** betont. Sie ist **Dozentin am IPW der RWTH Aachen** mit dem Forschungsschwerpunkt

Postwachstumsökonomie sowie politisch-ökonomische Resilienzforschung sowie Vorstandsmitglied im Verein „Regionale Resilienz Aachen“. Frau Dr. Kell appellierte

an die jungen Auszubildenden, sich nach der Ausbildung nicht zwangsläufig in die Rolle von reinen Weisungsempfänger\*innen zu begeben, sondern mutig zu sein und Ideen in die Unternehmen zu tragen, Vorgesetzte aufzufordern, notwendige Anpassungen im Sinne der Nachhaltigkeit vorzunehmen oder gar bereit zu sein, eigene Ideen beispielsweise in Form einer Selbstständigkeit zu verfolgen. Denn die wirtschaftliche Transformation hin zu einer nachhaltigen Ökonomie, so zeigte sich die Wissenschaftlerin überzeugt, sei nur durch die Gründung zahlreicher Start-ups denkbar. Diese neu gegründeten Unternehmen könnten Wirtschaftsprozesse neu denken und nachhaltige Ansätze wie die Kreislaufwirtschaft verfolgen. Regionale Bemühungen in der StädteRegion liefen beispielsweise darauf hinaus, die Kleidungsindustrie regional zu denken und mithilfe alternativer Rohstoffe wie der Hanfpflanze oder Leinen eine regionale „cradle-to-cradle“-Industrie zu implementieren. Hierzu bedarf es jedoch neuer Unternehmen in der Region, die sich dem Anbau oder der Verarbeitung jener Rohstoffe widmen würden.



Foto: Dr. Raphaela Kell fordert die anwesenden Berufsschüler\*innen auf, mutig ihre Nachhaltigkeitsideen in die Unternehmen zu tragen.



Foto: Roland Essel erläutert, wie das NRW-Umweltministerium kleinere und mittlere Unternehmen finanziell bei ihren Transformationsprozessen fördert.

**Roland Essel, Referent im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes NRW,** betonte, dass Grüne Gründungen sowie kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) der Umweltwirtschaft vom Landesministerium gefördert werden. KMUs würden mehr als 90 Prozent der Unternehmen in NRW ausmachen und wären somit ein wichtiger Hebel bei der Transformation der Arbeitswelt hin zu einer Green Economy.

Ein regional ansässiges Industrieunternehmen, das aufgrund seiner Größe zwar nicht als KMU zählt, jedoch staatliche Fördergelder in Millionenhöhe für sein Forschungs- und Entwicklungsprojekt „COSIMA“ erhält, ist der Glasproduzent *Saint Gobain Sekurit*. Nicht allein aufgrund der staatlichen Fördermittel zeigte sich der **Projektleiter von Saint Gobain Research Germany, Dr. Andreas Nositschka**, in der Podiumsdiskussion optimistisch, das Dekarbonisierungsprojekt, das u. a. das Ziel einer CO<sup>2</sup>-Neutralität bis zum Jahr 2030 am Glasproduktions- und Glasverarbeitungsstandort Herzogenrath vorsieht, erfolgreich gestalten zu können. Dabei führte der Projektleiter die Nachhaltigkeits-Roadmap des Konzerns aus, die neben der Reduktion von Strombedarfen und einer optimierten energetischen Vernetzung des Industriestandortes im Rahmen einer smarten Infrastruktur die Entwicklung eines innovativen Glasschmelzofens für die Flachglasproduktion vorsieht. Dieser Glasschmelzofen solle zukünftig nicht mehr durch Erdgas, sondern mithilfe von grünem Wasserstoff bei technisch maximaler elektrischer Zuheizung betrieben werden. Als große Herausforderungen bei der Umsetzung des Projektvorhabens nannte der Physiker den aufwendigen Herstellungsprozess von Wasserstoff sowie die Tatsache, dass die Klimabilanz des Schmelzofens stark von dem Strommix abhängt, der für die energetische Zufuhr bereitgestellt werde. Hierzu bedürfe es – ganz im Einklang mit den Zielen des European Green Deals – eines weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energieinfrastruktur. Neben dem Fortschritt im Bereich nachhaltiger Energiequellen sei jedoch auch die ausreichende Bereitstellung von Stromnetzkapazitäten von zentraler Bedeutung, damit die Energie dort ankommt, wo sie benötigt wird.

Dass die Meinungen, welche Energieträger bei dem Ausbau besonders berücksichtigt werden sollten, sowohl national als auch international auseinandergehen, wurde im Rahmen der Podiumsdiskussion gleich mehrfach deutlich. So führte Dr. Nositschka aus, dass er für einen französischen Konzern arbeite und beispielsweise Unterschiede in der Bewertung von Kernenergie als ökologisch nachhaltigem Energieträger zwischen den deutschen und französischen Ingenieurskolleg\*innen wahrnehme. Er selbst plädierte – wie auch alle anderen Gesprächsteilnehmer\*innen – für einen verstärkten Ausbau von Windkraftanlagen, da sie eine der effizientesten und somit wirtschaftlichsten Formen der Energiegewinnung sei. Die ökologischen Einwände wie beispielsweise der Vogelschlag seien ernst zu nehmen, seien in ihrer Auswirkung jedoch gegenüber anderen Verursachern (z. B. Vogelschlag an Glasfassaden) eher unbedeutend. Weitere Vorbehalte gegenüber Windkraftanlagen (z. B. Gesundheitsgefährdung durch Infraschall) seien überdies durch Studien inzwischen widerlegt. Dass dieser Argumentation nicht alle Bürger\*innen folgen, zeigte sich anhand vereinzelter Zuschauerreaktionen. Dies veranlasste den Ministeriumsvertreter, Herrn Essel, zu der Forderung, den Umbau der Energieinfrastruktur und insbesondere die Ausweitung von Windkraftanlagen und Stromnetzen „mit der Bevölkerung“ zu realisieren. Die Akzeptanz der Bevölkerung sei ein Schlüssel zum Gelingen der Energiewende. Wie eine solche Beteiligung der Gesellschaft an Windkraftanlagen aussehen könne, blieb zum Ende der Veranstaltung offen. Herr Schuch betonte jedoch zum Ausgang der Diskussionsrunde, dass die Aachener Kommunalpolitik ein großes Interesse daran hat, die Windkraft auch in der StädteRegion weiter auszubauen.

Zum Schluss der Veranstaltung durften die Debattenteilnehmer\*innen Wünsche an die versammelte Schülerschaft äußern. Dabei wurde insbesondere der Wunsch deutlich, sich in die Klimadebatte einzumischen. Am deutlichsten wurde dabei Frau Dr. Kell: Ihre Generation habe es „verbockt“. Die Generation der versammelten Schüler\*innen müsse es nun besser machen und Lösungen aus der Klimakrise finden. Dies ginge nur,



Foto: EU-Projekt Koordinator Matthäus Janoschka dankt den Debattenteilnehmer\*innen für ihre informativen Beiträge.

indem sich die jungen Menschen engagierten. Ein passender Appell zum Ende einer Europawoche, die die Lernenden am Paul-Julius-Reuter-Berufskolleg für die Folgen des Klimawandels in der Euregio sowie die Verantwortung unserer Gesellschaft für eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise sensibilisieren sollte.

Wir bedanken uns bei unserem Veranstaltungspartner Europe Direct Aachen sowie unseren Förderern, die zum Gelingen einer abwechslungs- und lehrreichen EU-Projektwoche beigetragen haben:



**EUROPE DIRECT**

**Aachen**



**Minister für Bundes- und Europa-  
angelegenheiten sowie Internationales  
des Landes Nordrhein-Westfalen**



Aachen, 15.06.2023